

981 | DER BEGINN ANFÄNGE JÜDISCHEN LEBENS

Jüdisches Leben auf dem Gebiet des heutigen Bayern lässt sich seit mehr als 1000 Jahren nachweisen. Einer der ältesten schriftlichen Nachweise findet sich in einer Urkunde aus dem Jahr 981 des Klosters St. Emmeram in Regensburg. In der Stadt an der Donau entstand im Mittelalter ein Zentrum jüdischer Bildung. Europaweite Strahlkraft besaß die vor 1200 gegründete Talmudhochschule.

Ab dem 13. Jahrhundert entfaltete sich jüdisches Leben vor allem in den Städten. Die Gründung von jüdischen Gemeinden ermöglichte auch eigene Bildungseinrichtungen. Der Unterricht fand in kleineren Gemeinden in Synagogen oder Lehrerwohnungen statt. Hier gab es im Gegensatz zu größeren Orten nur in Ausnahmefällen eigene Schulgebäude.

Bis in das 16. Jahrhundert wurde die jüdische Bevölkerung aus allen bayerischen Teilherzogtümern ausgewiesen. Sie fanden vor allem in adeligen und einigen wenigen kirchlichen Territorien in Schwaben und Franken Aufnahme. Dort entstanden selbständige jüdische Landgemeinden mit einer eigenen religiösen und kulturellen Infrastruktur. Sie umfasste Synagoge, Friedhof und Schule.

1528 | FÜRTH HOCHBURG JÜDISCHER BILDUNG

Ein bedeutendes Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit befand sich in Fürth. 1528 erlaubte der Markgraf von Brandenburg-Ansbach zwei jüdischen Männern, sich in der Stadt niederzulassen. Die im 17. Jahrhundert eröffnete Talmudhochschule galt bald als eine der führenden Ausbildungsstätten vor allem für den rabbinischen Nachwuchs in Europa.

Der Unterricht jüdischer Kinder blieb bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts unstrukturiert. Schulen im modernen Sinne gab es genauso wenig wie eine allgemeine Schulpflicht. Der Unterrichtsschwerpunkt lag bei Knaben und in geringerem Umfang auch bei Mädchen auf der Vermittlung religiöser Gesetze und jüdischer Traditionen. Weltliche Fächer spielten nur eine nachrangige Rolle.

Die Lehrkräfte waren selten fest angestellt und lebten in ärmlichen Verhältnissen. Deshalb übernahmen sie oftmals als Vorsänger und Schächter weitere zentrale Aufgaben im Gemeindeleben. Nur Privatlehrer in wohlhabenden Haushalten erhielten ein geregeltes Einkommen.

Seit den 1750er-Jahren bemühte sich die jüdische Aufklärungsbewegung »Haskala« um einheitliche Bildungsmöglichkeiten. Im Unterschied zu Preußen blieb der Einfluss der

Haskala in Bayern jedoch gering. Das traditionelle jüdische Bildungswesen prägte den Unterricht bis in das 19. Jahrhundert hinein.

1804 | SCHULPFLICH »NÜTZLICHE STAATSBÜRGER«

Anfang des 19. Jahrhunderts vergrößerte sich Bayern um beträchtliche Gebiete in Franken und Schwaben. Dadurch erhöhte sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung in dem zuvor weitgehend katholischen Land. In manchen kleineren Gemeinden betrug ihr Anteil über 50 Prozent. Unterschiedliche Maßnahmen der bayerischen Regierung zielten darauf ab, die jüdische Minderheit als »nützliche Staatsbürger« in die christlich geprägte Gesellschaft des Königreiches einzubinden.

Die Verordnung »den verbesserten Schulunterricht bei den Juden betreffend« vom 18. Juni 1804 schrieb die allgemeine Schulpflicht für jüdische Kinder ab sechs Jahren vor. Die staatliche Schulaufsicht überwachte die Einhaltung des allgemeinen Lehrplans. Der Unterricht in Religion und Hebräisch verblieb in der Verantwortung der jüdischen Gemeinden. Sie konnten nun auch unter Auflagen Volksschulen eröffnen.

Das »Judenedikt« vom 10. Juni 1813 fasste die bisherigen Vorschriften für die jüdische Bevölkerung im Königreich Bayern zusammen. Es erleichterte unter anderem die Errichtung eigener Schulen. Die Kultusgemeinden mussten die Lehranstalten jedoch weiterhin selbst finanzieren. Erst als 1824 die staatlichen Volksschulen in jüdisch geprägten Orten überfüllt waren, begannen die bayerischen Behörden, die Gründung jüdischer Bildungsanstalten mit Nachdruck zu fördern.

1864 | BILDUNGSWEGE AUSBILDUNGSMÖGLICHKEITEN IM KÖNIGREICH BAYERN

Die 1804 eingeführte Schulpflicht für jüdische Kinder ließ sich schwer durchsetzen. Eigene Bildungseinrichtungen waren für kleine Kultusgemeinden zu teuer. Aus diesem Grund finanzierten sie oft nur privaten Religionsunterricht. Größere jüdische Gemeinden eröffneten dagegen eigene Schulen unter staatlicher Aufsicht.

Die überwiegende Zahl jüdischer Kinder besuchte öffentliche Konfessionsschulen. Sie ermöglichten den Jungen und Mädchen den Zugang zu allen weiterführenden Institutionen. Als einzige höhere jüdische Schule in Bayern nahm die Israelitische Realschule in Fürth ab 1928 auch weibliche Jugendliche auf.

Ab 1828 mussten jüdische Lehrkräfte für alle weltlichen Fächer die allgemein üblichen staatlichen Prüfungen ablegen. Eigene Ausbildungsstätten für zukünftige Lehrer eröffneten in den 1860er-Jahren. Sie orientierten sich an der jüdisch-orthodoxen Tradition. Die Präparandenschulen in Höchberg und Burgpreppach in Unterfranken sowie im mittelfränkischen Schwabach bereiteten in einem ersten Schritt auf den Lehrerberuf vor. Der weitere Ausbildungsweg führte die Nachwuchslernenden an die Israelitische Lehrerbildungsanstalt in Würzburg. Von 1864 bis 1938 machten dort mehr als 900 junge Männer ihren Abschluss.

1912 | KRISE

JÜDISCHE SCHULEN ZWISCHEN ANPASSUNG UND AUSGRENZUNG

Die positive Entwicklung des jüdischen Schulwesens hielt nur einige Jahrzehnte an. Landflucht, rückläufige Geburtenzahlen und die Auswanderung jüdischer Familien führten dazu, dass viele Landschulen nach 1870 schließen mussten. Anfang des 20. Jahrhunderts besuchte die Mehrheit der jüdischen Kinder öffentliche, christlich geprägte Schulen. Besonders in den Städten eröffneten jüdische Eltern ihren Kindern dadurch bessere Bildungs- und Zukunftschancen. Als Gegenbewegung zum wachsenden Antisemitismus nach der Reichsgründung 1870 / 71 entstanden jedoch auch vereinzelt neue Schulen im Geist zionistisch-orthodoxer Leitlinien.

Auf dem Land waren jüdische Volksschulen meist sogenannte Zwergschulen. Mädchen und Jungen mehrerer Jahrgangsstufen wurden gleichzeitig in einem oder zwei Räumen unterrichtet. Nach der Schließung ländlicher Schulen konzentrierten sich die jüdischen Gemeinden wieder auf die Vermittlung religiöser Inhalte.

Jüdische Lehrer blieben in der Regel gegenüber ihren christlichen Kollegen finanziell und gesellschaftlich benachteiligt. Erst die 1919 verabschiedete Verfassung der Weimarer Republik stellte jüdische und christliche Lehrkräfte gleich. Im April 1933 schlossen die Nationalsozialisten per Gesetz alle jüdischen Lehrer vom Beamtentum wieder aus.

1928 | ICHENHAUSEN

DIE BEDEUTENDSTE JÜDISCHE LANDGEMEINDE

In Ichenhausen erhielten jüdische Kinder und Jugendliche seit 1811 Unterricht im Rabinatsgebäude. Auf Druck der königlich-bayerischen Regierung eröffnete die jüdische Gemeinde 1833 eine Volksschule unter staatlicher Aufsicht. 1857 erteilten vier Lehrer über 200 Kindern und Jugendlichen Unterricht.

Mit dem Rückgang der jüdischen Bevölkerung in Ichenhausen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sanken auch die Schülerzahlen. Um 1920 war eine Lehrkraft für 24 Kinder verantwortlich.

Ichenhausen galt bis zur Weimarer Republik als Musterbeispiel für ein gedeihliches Zusammenleben von christlichen und jüdischen Familien. Ab 1936 verließen aber auch hier immer mehr jüdische Einwohner die Stadt, um den alltäglichen Schikanen zu entgehen. Die verbrecherischen Ereignisse der Novemberpogrome 1938 machten die lebensbedrohliche Situation endgültig deutlich. Nach der Verwüstung der Synagoge wurde das Schulhaus als Gebetsstätte genutzt. Unterricht fand nur noch selten statt.

Am 12. September 1941 löste die NS-Regierung die jüdische Schule in Ichenhausen offiziell auf. Im April 1942 begannen die Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Ichenhausen. Ein Jahr später war die Stadt »judenfrei«.

1942 | SCHULE UNTER DEM HAKENKREUZ DAS ENDE DES JÜDISCHEN SCHULWESENS

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 begann zwei Monate später die systematische Verdrängung jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen. Erste Gesetze schränkten den Schulbesuch ein und begrenzten die Zahl des zugelassenen Lehrpersonals. Die »Nürnberger Gesetze« vom September 1935 verboten grundsätzlich die Teilnahme an schulischen Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts.

Die zunehmende Diskriminierung und staatlich verordnete Ausgrenzung jüdischer Kinder im Schulalltag führten zu steigenden Schülerzahlen in jüdischen Lehranstalten und damit zur Gründung neuer jüdischer Schulen. Deren Finanzierung gewährleisteten die Kultusgemeinden oder auch Privatpersonen. Diese Einrichtungen boten im Schulalltag Schutz vor Schikanen und antisemitischen Übergriffen. Der Lehrplan konzentrierte sich auf die Emigration und das zukünftige Leben im Ausland.

Nach den Novemberpogromen 1938 schlossen die nationalsozialistischen Behörden jüdische Kinder endgültig von allen öffentlichen Schulen aus. Nicht wenige Lehrer und ältere Schüler wurden vorübergehend in das Konzentrationslager Dachau verschleppt. Die systematische Deportation der jüdischen Bevölkerung ab Oktober 1941 leitete das Ende des jüdischen Schulwesens ein. Am 30. Juni 1942 wurden alle jüdischen Bildungsanstalten geschlossen. Eine Woche später existierte in Bayern keine jüdische Schule mehr.

1945 | BILDUNG NACH DER SHOA NEUANFANG IN DER NACHKRIEGSZEIT

Die ersten Schulen in jüdischen Camps und Communities für Überlebende der Shoa entstanden im Herbst 1945. Auf den Lehrplan hatten zionistische Gruppierungen aus Osteuropa maßgeblichen Einfluss. Im Mittelpunkt des Unterrichts standen Fächer, die auf eine Auswanderung nach »Eretz Israel« oder Übersee vorbereiteten.

Um möglichst schnell Bildungsangebote zu schaffen, gründete die jüdische Selbstverwaltung in den Lagern ein dichtes Netz an Kindergärten, Volksschulen, Talmud-Thora-Schulen ausschließlich für Jungen, weiterführenden Schulen, Volkshochschulen und berufsbildenden Einrichtungen.

Gleichzeitig entwickelte sich München vorübergehend zu einem wichtigen Anlaufpunkt für jüdische Überlebende der Shoa. Kurzfristig entstand dort ein vielfältiges jüdisches Bildungs- und Kulturangebot. Das Zentrum der Aktivitäten befand sich rund um die Möhlstraße im Stadtteil Bogenhausen. 1946 eröffneten ein Kindergarten, eine Volksschule und ein Hebräisches Gymnasium. Eine offizielle staatliche Genehmigung gab es für keine der zionistisch ausgerichteten Anstalten.

Darüber hinaus ermöglichte die internationale UNRRA-Universität für Displaced Persons im Deutschen Museum von Februar 1946 bis Mai 1947 rund 2.000 jungen Erwachsenen eine akademische Ausbildung.

1966 | SINAI-GRUNDSCHULE WIEDER EINE JÜDISCHE SCHULE IN BAYERN

Nach der Schließung der jüdischen Volksschule in München im Jahr 1952 gab es in Bayern über ein Jahrzehnt keine jüdische Schule mehr. Vor diesem Hintergrund kommt der Eröffnung der privaten Sinai-Grundschule 1966 besondere Bedeutung zu. Die Lehranstalt war nach der I. E. Lichtigfeld-Schule in Frankfurt die zweite jüdische Schule in der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst im Rückgebäude der Prinzregentenstraße 91 untergebracht, zog die Schule später nach Schwabing in die Destouchesstraße um. Nach diesem Interim befand sich die Grundschule in der Möhlstraße im Münchner Stadtteil Bogenhausen.

Die Schülerschaft setzte sich vor allem aus Kindern von Überlebenden der Shoa zusammen. Diese Familien stammten überwiegend aus Osteuropa und besaßen einen traditionell jüdischen Hintergrund. Sie hatten nach Kriegsende keine Möglichkeit, Deutschland zu verlassen. Sie begrüßten das Angebot, ihre Kinder auf eine jüdische Schule schicken zu können. Die Sinai-Grundschule stand von Beginn an aus Sicherheitsgründen unter ständiger Überwachung. Die Klassen waren deutlich kleiner als an staatlichen Regelschulen.

Seit September 2007 ist die Sinai-Grundschule im Jüdischen Gemeindezentrum am Stankt-Jakobs-Platz zuhause. Die private, staatlich anerkannte Ganztages-Grundschule steht nicht nur jüdischen, sondern auch nichtjüdischen Kindern offen. Das Kollegium setzt sich aus Lehrkräften unterschiedlicher Konfessionen zusammen.

2016 | EIN TRAUM WIRD WAHR DAS HELENE HABERMANN GYMNASIUM IN MÜNCHEN

Im September 2016 eröffnete am Münchner St.-Jakobs-Platz das bayernweit einzige jüdische Gymnasium. Die staatlich anerkannte Ganztagschule befindet sich in der Trägerschaft der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG). Sie steht als überkonfessionelle Einrichtung jüdischen wie nichtjüdischen Schülerinnen und Schülern offen.

Im ersten Schuljahr unterrichteten neun Lehrkräfte zehn Jugendliche in einer fünften Klasse. Anfangs verfügte das Gymnasium im jüdischen Gemeindezentrum nur über einen einzigen Raum. Mit dem starken Wachstum der Schülerzahlen wurde ein Umzug notwendig. Seit dem Schuljahr 2021/22 ist das Gymnasium auf dem Campus der Europäischen Schule München im Stadtteil Fasangarten im Süden der Landeshauptstadt beheimatet.

Im Helene Habermann Gymnasium wird nach dem in Bayern gültigen staatlichen Lehrplan unterrichtet. Darüber hinaus sind Jüdische Religion, Literatur und Geschichte beziehungsweise Judaistik sowie das Wahlfach Hebräisch (Ivrit) fester Bestandteil des Fächerkanons. Mit dem Schuljahr 2024/25 wurde Hebräisch zudem als Abiturfach zugelassen. Jüdische Tradition, Kultur, Erziehung, Bildung und Religion sind das Fundament des Schulbetriebs. So nehmen jüdische Feiertage an der Ganztagschule einen zentralen Platz ein und sind zusätzlich zu den staatlichen Feiertagen schulfrei.